

Die Versorgung der Hochschulen mit wissenschaftlicher Literatur

Thesen

Die Bibliotheken der Hochschulen haben die Aufgabe, diese mit wissenschaftlicher Literatur und Information zu versorgen. Dieser Versorgungsauftrag ist durch Entwicklungen in verschiedenen Bereichen gefährdet:

- Die für die Literaturversorgung zur Verfügung stehenden Mittel stagnieren seit einigen Jahren oder wurden reduziert
- Die Preise für wissenschaftliche Literatur steigen, wobei die Kosten für naturwissenschaftliche und technische Zeitschriften stärker angestiegen sind als die Kosten in den anderen Bereichen.
- Die Produktion wissenschaftlicher Literatur nimmt ständig zu.
- Einsparungen durch Abbestellungen von Zeitschriften werden durch die Preissteigerungen regelmäßig überkompensiert.
- Neue Medienformen erweitern die Angebote an wissenschaftlicher Information und Literatur. Diese neuen Formen ersetzen die bisherigen nur in geringem Umfang.

Das ist ein strukturelles Problem des Informationskreislaufes:

- Die Autoren und die Nutzer der wissenschaftlichen Literatur sind die selben Personengruppen.
- Die Anbieter auf dem Informationsmarkt beschaffen die Informationen unter den Gestehungskosten, da die Autoren ihr Einkommen nicht durch die Publikationen finanzieren.
- Die Bibliotheken haben weder auf die Wissenschaftler als Autoren, noch auf die Anbieter am Informationsmarkt noch auf die Wissenschaftler als Nutzer der wissenschaftlichen Information einen nennenswerten Einfluss. Sie können darauf hinweisen, welche Informationsanbieter die von der wissenschaftlichen Gemeinschaft erarbeiteten Inhalte kostengünstig der Wissenschaftsgemeinschaft zur Verfügung stellen.

Aus der zunehmenden Mediendifferenzierung und dem Strukturproblem des Marktes der wissenschaftlichen Information ergeben sich folgende Forderungen:

- Nur durch die Einbindung aller Systembeteiligten in einen Prozess der auf Verhaltensänderung zielt, ist eine Veränderung der Situation zu erreichen.
- Die Hochschulen müssen Regelungen schaffen, dass die von ihren Mitarbeitern erarbeiteten Inhalte der wissenschaftlichen Gemeinschaft kostengünstig zur Verfügung gestellt werden können.
- Fördermittel sollen so eingesetzt werden, dass die mit diesen erworbenen Inhalte auf Dauer der Wissenschaft zur Verfügung stehen.
- Der Monopolisierung im Verlagsbereich ist durch den Aufbau alternativer Publikationsmodelle und die Werbung für deren Akzeptanz gegenzusteuern.
- Durch koordinierten Einkauf mit professioneller Verhandlungsführung ist der Konzentration auf dem Informationsmarkt zu begegnen, ohne dass dadurch Literaturpakete eingekauft werden, die nicht dem Bedarf der einzelnen Hochschulen entsprechen.

Begründung der Thesen

Vorbemerkung

Die seit einigen Jahren wachsenden Schwierigkeiten der wissenschaftlichen Bibliotheken, mit den vorhandenen Mitteln ihrem Literaturversorgungsauftrag nachzukommen, waren auch auf dem 91. Deutschen Bibliothekartag in Bielefeld im April dieses Jahres Thema auf einer von den Veranstaltern abgehaltenen Pressekonferenz. Eine dort vor der Presseöffentlichkeit vorgetragene pointierte Stellungnahme zur Ursache und den Hintergründen der sich zu einer Bibliothekskrise ausweitenden Etatengpässe durch den Leitenden Bibliotheksdirektor der UB Bielefeld, Karl Wilhelm Neubauer, führte zu einem Austausch Offener Briefe zwischen K.W. Neubauer und dem VDB¹ und zu einer Gegenerklärung des BDB². Der Berufsverband Information Bibliothek (BIB) äußerte sich gesondert³. Bereits 1999 hatte die Erwerbungscommission in einem Offenen Brief an führende Zeitschriftenverlage auf die Preisspiralenproblematik im Zeitschriftenbereich aufmerksam gemacht⁴. Parallel zu diesem Diskussionsstrang hat der Verein Forum Zeitschriften / GeSIG in einem an die Bundestagsfraktionen gerichteten Brief an deren politische Verantwortung und an seine im Vorjahr der KMK überreichte Unterschriftenaktion erinnert und angesichts der Gefährdung des Wissenschaftsstandorts Deutschland Unterstützung für die Bibliotheken angemahnt⁵. Der Deutsche Kulturrat hat in einer Resolution an Bundes- und Landesregierungen appelliert, ausreichende Gelder zur Verfügung zu stellen, um das für Forschung, Lehre und Studium unabdingbare Titelvolumen an wissenschaftlichen Zeitschriften halten zu können⁶. Die Initiative des Kulturrats ist von der FDP-Fraktion aufgegriffen worden und hat zu einem in den Deutschen Bundestag eingebrachten Antrag auf Verabschiedung eines Sonder- und Soforthilfeprogramms mit Bereitstellung zusätzlicher Mittel geführt. Aus Sicht des BDB ist zum ersten Mal im Bundestag über das Bibliothekswesen in dieser Ausführlichkeit debattiert worden. Der Antrag der FDP-Fraktion wurde an die zuständigen Ausschüsse verwiesen⁷. Die Arbeitsgruppe 'Bibliotheken' der KMK hat eine ad-hoc-AG *Bibliothekskrise* eingesetzt und wird sich in ihrer Novembersitzung mit dem Thema befassen. Die Hochschulrektorenkonferenz beabsichtigt ebenfalls, eine Arbeitsgruppe einzurichten, um Strategien zur Überwindung der Etatkrise der wissenschaftlichen Bibliotheken zu entwickeln. Und schließlich hat der Wissenschaftsrat in seinen jüngsten Empfehlungen grundsätzliche Aussagen zur Rolle der Bibliotheken und der dafür erforderlichen Etaausstattung in der Informationsgesellschaft gemacht⁸.

Der DBV beabsichtigt, in den laufenden Diskussionsprozeß einzugreifen und seinerseits ebenfalls zur Etatkrise der wissenschaftlichen Bibliotheken Stellung zu nehmen. Er ist an die Kommission für Erwerbung und Bestandsentwicklung des EDBI mit der Bitte herantreten, aus ihrer Sicht und des in der Kommission vorhandenen Erkenntnisstandes einen Beitrag zu leisten. Mit den bereits vorliegenden, oben zitierten Resolutionen, Diskussionsbeiträgen und Stellungnahmen liegt bereits ein ganzes Bündel von Analysen, Argumenten, Forderungen und strategischen Überlegungen vor, die in ihren einzelnen Aspekten von der Erwerbungscommission zum Teil unterschiedlich bewertet

¹ Vgl. vdb-Mitteilungen 2001, H. 2, S. 4-7.

² Vgl. Bibliotheksdienst 35 (2001), S. 679-683.

³ Vgl. Böttger, Klaus-Peter: Betr.: Zukunft der Bibliotheken. In: Buch und Bibliothek. 53 (2001), S. 436

⁴ Zeitschriftenpreise 1999 - Offener Brief. In: Bibliotheksdienst 33 (1999), S. 311-313.

⁵ Vgl. Bibliotheksdienst 35 (2001), S. 1351-1353.

⁶ Vgl. Hochschulbibliotheken bluten aus - Deutschland verliert international den Anschluss. <http://www.kulturrat.de>

⁷ Deutscher Bundestag. 14. Wahlperiode. 162. Sitzung. Stenographischer Bericht. In: Plenarprotokoll 14/162 vom 30. März 2001 sowie Drucksache 14/5105 vom 17.01.2001.

⁸ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur digitalen Informationsversorgung durch Hochschulbibliotheken. Drs. 4935/01 vom 13.7.2001, insbesondere Abschnitte B III bis V.

und gewichtet, aber deren Kernaussagen grundsätzlich richtig sind. Der vorliegende Beitrag der Erwerbungscommission will deshalb nicht bisher bereits mehrfach Gesagtes noch einmal wiederholend zu bestätigen und in pauschalisierende Forderungen nach mehr Unterstützung ummünzen. Die vorangehenden Thesen und die folgenden Ausführungen dazu stellen die Finanzkrise der Bibliotheken in den Zusammenhang mit der Systemkrise im Informationsprozeß, nämlich dem Prozess der Produktion und Reproduktion von Wissenschaft, an dem es mehrere verschiedene Systembeteiligte gibt. Mehr Beteiligte jedenfalls als nur jene drei, die pauschal abgestempelt derzeit im Blickfeld der Diskussion stehen: die Unterhaltsträger (Stempel: „mehr Geld“), die Bibliotheken (Stempel: „Strukturelle Defizite“) und die Verlage (Stempel: „Preistreiber“). Wesentliche Teilnehmer in diesem Prozess sind die Wissenschaftler als Produzenten wissenschaftlicher Erkenntnisse, Autoren wissenschaftlicher Publikationen und Nutzer eben dieser wissenschaftlichen Publikationen.

Überlegungen zur Situation und Sicherung der Versorgung der Hochschulen mit wissenschaftlicher Literatur

Probleme der Literaturversorgung

- Die Bibliotheken befinden sich in einer Finanzkrise. Über die Ursachen der Finanzkrise besteht weitgehend Konsens: mit kaum wachsenden, stagnierenden oder reduzierten Etats können Preissteigerungen vor allem der Zeitschriftenverlage und dort vor allem im STM-Bereich, ungünstige Wechselkursentwicklungen, eine wachsende Wissenschaftsproduktion und der Einkauf neuer Produktgruppen im Bereich der digitalen Medien nicht aufgefangen werden. Um finanziell handlungsfähig zu bleiben, wird versucht, die Fixkosten durch Zeitschriftenabbestellungen zu reduzieren.
- Die durch diese Maßnahmen zu erzielenden Spareffekte greifen nur kurzfristig und sind derzeit in einem, spätestens in zwei Jahren durch die proportional zur Abbestellquote steigenden Preise für die Abonnements der verbliebenen Zeitschriften aufgeessen.
- Der Wissenschaftsstandort Deutschland scheint in der Tat gefährdet. Anzunehmen ist, daß zwischen den beklagten zu langen Studienzeiten und der Abwanderung von Wissenschaftlern ins Ausland und der unzureichenden Literaturversorgung ein Zusammenhang besteht.
- Harte, empirisch ermittelte Zahlen über die Zahl der gehaltenen Abonnements, die Höhe der Abbestellvolumina, die Zahl der abbestellten Titel, der abbestellten Mehrfachexemplare und der abbestellten Unikate liegen jedoch nicht vor, desgleichen nicht über den vermuteten Rückgang an gekaufter Studienliteratur und den rückläufigen Zugang an Monographien. Die in der Vergangenheit im Auftrag der DFG von Rolf Griebel erstellten Analysen zur Etatsituation der wissenschaftlichen Bibliotheken fortzuführen, ist ein dringendes Desiderat. Derzeit beschwören die Bibliotheken den GAU, aber er tritt offenbar trotz enormer Abbestellquoten nicht ein. Sollte er eingetreten sein, ist er aufgrund fehlender Analysen und fehlenden Zahlenmaterials in seinen konkreten Auswirkungen zur Zeit nur schwer belegbar.
- Die durch Abkehr vom Print-Medium und der Bereitstellung digitalisierter Informationen erwarteten finanziellen Entlastungseffekte treten nicht ein, weder bei den Personalkosten noch im Erwerbungsstat. Laufzeitklauseln, Abbestellklauseln, garantierte Preissteigerungsklauseln, erhöhte Mehrwertsteuersätze für Electronic-only, die Bindung der Preisgestaltung von elektronischen Informationsträgern an Print-Holdings, fehlende Preismodelle für Pay-per-View und die Präferenz der Verlage, bei Konsortiallösungen möglichst komplette Verlagspakete anzubieten, sind Indikatoren dafür, daß die Finanzkrise der Bibliotheken nicht nur durch pekuniär-finanzielle, sondern auch durch strukturelle, steuer-, rechts- und vertriebspolitische

Vorgaben auf dem Beschaffungsmarkt bedingt ist. Die technische Revolution der prinzipiellen globalen zeitlichen und räumlichen Verfügbarkeit aller Informationen für jedermann per Internet ist Theorie und wird in der Praxis durch ausgeklügelte Zugriffsbeschränkungen konterkariert.

- Der Nachfragemarkt der wissenschaftlichen Bibliotheken besteht aus den Produzenten von Wissenschaft. Der Etat der Bibliotheken hält mit den bei diesen Produzenten zu konstatierenden Steigerungsraten in puncto Forschungsförderung und Forschungsintensität nicht mit. Der Seitenumfang der Zeitschriften wächst, desgleichen die Zahl und der Spezialisierungsgrad der Zeitschriftentitel und damit deren Preis. Der (zum Teil überteuerte) Rückkauf der bereits intensiv mit öffentlichen Geldern geförderten wissenschaftlichen Informationen durch die öffentliche Hand ist Indikator dafür, daß die Finanzkrise der Bibliotheken auch durch strukturelle hochschulrechtliche und förderungspolitische Vorgaben auf dem Nachfragemarkt bedingt ist.
- Wissenschaftliche Zeitschriften sind nicht nur Informationsträger, die ihren bestimmten Preis haben. Sie haben innerhalb der scientific community als spezifische Publikationsform einen von Titel, Verlag, und Editor abhängigen sozialen Mehrwert, der ganz maßgeblich auch über die wissenschaftliche Reputation, die Karriere, die Höhe von Forschungsgeldern und den akademischen Status ihrer Autoren entscheidet. Das Publikationsverhalten der wissenschaftlichen Nutzer einer Bibliothek wird u.a. durch nur vordergründig immaterielle (soziale und berufs- und individualpsychologische) Überlegungen beeinflusst, die sich gleichwohl zu Lasten der Bibliothek auch in der Höhe der vom Prestigewert der Publikationsform 'Zeitschrift' bestimmten Abonnementskosten niederschlagen. Dieser soziale Mehrwert wird derzeit durch einen kostengünstig auf einem Dokumentenserver abgelegten und nicht in eine Publikationsform eingebetteten Artikel nicht erzielt.
- Die Digitalisierung der Informationsträger verringert, was anzunehmen gewesen wäre, offenbar nicht die Nachfrage nach Print-Zeitschriften. Sie verringert offenbar auch nicht das Fernleihaufkommen. Sie erhöht vielmehr generell die Nachfrage der Nutzer, den artikulierten Bedarf des Nachfragemarktes und damit die Anforderungen und den finanziellen Aufwand der Bibliotheken zu dessen Befriedigung.

Handlungsbedarf

- *Die durch fehlende Erwerbungsmitel charakterisierte „Bibliothekskrise“ beruht nur vordergründig auf einer Finanzkrise. Vielmehr sind die finanziellen Probleme Ausdruck einer grundlegenden Strukturkrise⁹, aber nicht oder doch nicht allein der Bibliotheken, wie K.W. Neubauer behauptet, sondern der derzeit etablierten und beherrschenden Strukturen bei der Produktion, Distribution und Rezeption von Wissenschaft und zwar unabhängig vom gewählten (digitalisierten oder print)Medium.*
- Die alleinige Forderung nach und die Bereitstellung von „Mehr Geld“ löst die Bibliothekskrise allenfalls kurzfristig. Sie ändert nicht das Publikationsverhalten der Autoren, die Vertriebsstrategien der Verlage, das Nachfrageverhalten der Nutzer, oder die Informationsvermittlungssancen der Bibliotheken.
- Die Bibliothekskrise ist nur durch Einbindung aller Systembeteiligten und nur in einem mittelfristig angelegten Prozeß zu überwinden, der auf Verhaltensänderung zielt. Diese Verhaltensänderungen sind vermutlich nur über den Hebel „Geld“ zu erreichen (auf eine einfache Formel gebracht: Geldmangel = Informationsmangel = Zwang zur Änderung der Informationsbeschaffung).
- Auf der Ebene der Produzenten von Wissenschaft, der Autoren also, ließen sich über vertrags- und hochschulrechtliche Regelungen Verfahren zu entwickeln, die es verbieten, die

⁹ Neubauer, Karl Wilhelm: Offener Brief an die Vorstände von VDB, BIB DBV. In: vdb-Mitteilungen 2001, H. 2, S. 4f.S. 5

Nutzungsrechte wissenschaftlicher Arbeiten von vornherein zu kommerzialisieren und dauerhaft allein auf Gewinnmaximierung zielenden Verlagen zu übereignen. Die Verfahren zur Bewertung der Qualität von Wissenschaft über den impact factor von Zeitschriften wäre zu hinterfragen und ggf. zu korrigieren. Der Status- und Prestigewert der Publikationsform 'Zeitschrift' wäre von neuen, anderen und gleichwertigen, aber in geringere Finanzausgaben führenden Statussymbolen abzulösen.

- Auf der Ebene der Nutzer von wissenschaftlicher Information wäre als Steuerungselement über *eine Kostenbeteiligung von Endnutzern bei Zugriff auf gebührenpflichtige Datenbanken*¹⁰ nachzudenken, ohne damit das Prinzip der Chancengleichheit und den Verfassungsauftrag der Meinungs- und Informationsfreiheit zu verletzen.
- Auf der Ebene der Unterhaltsträger wäre bei all ihren Maßnahmen zur Entwicklung neuer Studiengänge und Forschungsfelder, zur Förderung von elektronischer Information, von Wissenschaft und von Kommunikationstechnologie (Stichwort: Global Info) sicherzustellen, daß ein Bruchteil der Fördermittel für den Erwerb und die dauerhafte Bereitstellung der aus den Förderprogrammen erwachsenen Inhalte garantiert bleibt. Forschungsrelevante Fortschritte dank Informationstechnologie und dank Multimedia sind nur bei gleichzeitiger Verfügbarkeit von mehr Information, Wissen und Inhalten (von mehr „content“) zu erzielen.
- Auf der Ebene der Verlage, die naturgemäß rückläufige Umsätze und Gewinnmargen nicht werden anstreben können, ist ein Umdenken in der Verlags- und Vertriebspolitik nur durch den Aufbau von Konkurrenzszenarien zu erzielen: deren derzeit noch vorhandene Monopolstellung (keine Zeitschrift ist aufgrund ihrer singulären Inhalte durch eine andere substituierbar) wäre durch die verstärkte Akzeptanz alternativer nichtkommerzieller Publikationsmodelle (Stichwort: SPARC) zu korrigieren.
- Auf der Ebene der Bibliotheken wäre den veränderten Marktmechanismen (z.B. Ausschalten des Zwischenhandels durch die Verlage und Direktvertrieb zumindest der elektronischen Publikationen) durch länderübergreifenden koordinierten Einkauf und Konsortiallösungen mit professioneller Verhandlungsführerschaft Rechnung zu tragen. Derzeit führt der konsortiale Einkauf von E-Medien jedoch nur bei Datenbanken, nicht aber bei E-Zeitschriften zu den Bibliotheksetat entlastenden Preisnachlässen. Bei E-Zeitschriften verfügt die Bibliothek bei unverändert hohem nicht rabattiertem Preis statt dessen im Regelfall „nur“ über mehr Inhalt (= bislang nicht abonnierte Titel).

¹⁰ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur digitalen Informationsversorgung. S. 44.